

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 01/0672/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status:	öffentlich
		AZ:	
		Datum:	17.03.2020
		Verfasser:	
Olympiabewerbung			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
01.04.2020	Hauptausschuss	Anhörung/Empfehlung	
06.05.2020	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:Für den Hauptausschuss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen begrüßt die Initiative „Rhein - Ruhr - City 2032“, die eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032 im Verbund von 14 Städten in Nordrhein-Westfalen anstrebt, und beauftragt die Verwaltung mit der Unterstützung des Projektes. Er ruft die Landesregierung dazu auf, den notwendigen Prozess der Bürgerbeteiligung zu organisieren, geeignete Bürgerbeteiligungsformate zu entwickeln, Kostentransparenz für die Bürgerschaft sicherzustellen und vor einer finalen Entscheidung durch geeignete direktdemokratische Verfahren dem Vorhaben die notwendige Legitimität zu verschaffen.

Für den Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt Aachen begrüßt die Initiative „Rhein - Ruhr - City 2032“, die eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032 im Verbund von 14 Städten in Nordrhein-Westfalen anstrebt, und beauftragt die Verwaltung mit der Unterstützung des Projektes. Er ruft die Landesregierung dazu auf, den notwendigen Prozess der Bürgerbeteiligung zu organisieren, geeignete Bürgerbeteiligungsformate zu entwickeln, Kostentransparenz für die Bürgerschaft sicherzustellen und vor einer finalen Entscheidung durch geeignete direktdemokratische Verfahren dem Vorhaben die notwendige Legitimität zu verschaffen.

Erläuterungen:

In einer Vorlage für die Sitzung des Rates der Stadt am 06.03.2019 hat die Verwaltung das von der privaten Initiative „Rhein-Ruhr-City 2032“ initiierte Projekt skizziert, eine regionale Bewerbung im Verbund von 14 Städten in Nordrhein-Westfalen um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032 anzustreben. Auf die Ausführungen in der seinerzeitigen Vorlage wird verwiesen.

In dieser Vorlage, die mehrheitlich vom Rat zur Kenntnis genommen wurde, erklärte die Verwaltung die Absicht, die Ratsgremien kontinuierlich über den Stand der Vorbereitung zur Bewerbung unterrichten und gegebenenfalls im weiteren Verlauf eine Vorlage zur offiziellen Befürwortung der Bewerbung durch Ratsbeschluss zu erstellen.

In der weiteren Entwicklung hat der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen im November 2019 mit sehr breiter politischer Mehrheit den Beschluss gefasst, die Initiative auch seitens des Landes zu unterstützen. Die entsprechende Vorlage (Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen) ist in der Anlage dieser Vorlage beigelegt.

Im Februar 2020 hat der Deutsche Olympische Sportbund erklärt, dass er – falls es überhaupt zu einer deutschen Bewerbung kommen sollte – allein die nordrhein-westfälische Initiative vorschlagen wird. Zwar ist dies noch keine offizielle Festlegung, es kann darin aber eine starke Unterstützung gesehen werden, die dazu beiträgt, eine unabdingbare positive Stimmungslage für Olympia-Bewerbung in der Bevölkerung zu verankern. Um dieses Ziel weiter zu befördern, ist eine Verbreiterung der Unterstützung von größter Bedeutung. Mehrere nordrhein-westfälische Städte haben deshalb in der letzten Zeit in ihren Räten positive Beschlüsse zur Unterstützung der Olympia-Bewerbung im Regionalverbund gefasst.

Die Bewerbung von 14 Städten kann aus Sicht der Verwaltung ein neuer gemeinsamer Aufbruch werden, die Zusammenarbeit von der Digitalisierung bis zur vernetzten Mobilität zu vertiefen und ein neues Wir-Gefühl in unserer Region zu schaffen. Auch für die Stadt Aachen, die als Austragungsort für die Sportarten Moderner Fünfkampf, Dressurreiten, Springreiten und Vielseitigkeit vorgesehen ist, kann die Ausrichtung von Olympischen und Paralympischen Spiele positive Effekte zur Folge haben und die Wahrnehmung als weltoffene und moderne Stadt mit starker Wirtschaft weltweit gefördert werden. Dieses gemeinsame Projekt kann den Zusammenhalt der einzelnen Kommunen festigen und als Beschleuniger für Verbesserungen der kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit wirken. Von daher unterstützt die Verwaltung die Bewerbungsinitiative und schlägt dem Rat vor, durch einen offiziellen Beschluss zu dokumentieren, dass die demokratische Vertretung der Bürgerschaft das Vorhaben mitträgt.

Eine Voraussetzung für eine Bewerbung ist, dass die von der Initiative verfolgten Ziele der Nachhaltigkeit und der Stärkung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur sowie der Ertüchtigung und notwendigen Neuerrichtung von Sportstätten von der Bevölkerung mitgetragen werden. Die Verwaltung hält es deshalb für notwendig, einen geregelten Bürgerbeteiligungsprozess sicherzustellen, mit dem die Bürgerschaft der Region intensiv an der Gestaltung und Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032 mitwirken kann. Vor einer finalen Entscheidung müssen deshalb die auf die Stadt Aachen, das Land NRW und den Bund zukommenden Kosten im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Spiele transparent dargestellt werden. Aus Sicht der Verwaltung wird es eine Aufgabe der Landesregierung Nordrhein-Westfalen sein, den notwendigen Prozess der Bürgerbeteiligung zu organisieren, geeignete Bürgerbeteiligungsformate zu entwickeln und der Entscheidung durch direktdemokratische Verfahren die notwendige Legitimation zu verschaffen.

Anlage/n:

Antrag der Landtagsfraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.11.2019

05.11.2019

Antrag

**der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Olympische und Paralympische Spiele nach Nordrhein-Westfalen holen: Gemeinsam für eine Bewerbung der Städtereion „Rhein Ruhr City 2032“

Der Landtag begrüßt die Initiative aus der Bürgerschaft, die sich für eine nordrhein-westfälische Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele des Jahres 2032 ausgesprochen hat. Die große Sportbegeisterung der Menschen in Nordrhein-Westfalen sowie die gesammelten Erfahrungen als Gastgeber in der Austragung nationaler und internationaler herausragender Sportgroßveranstaltungen bieten hierzu eine hervorragende Grundlage. So hat Nordrhein-Westfalen u.a. mit der Handballweltmeisterschaft im Januar, der Fecht europameisterschaft sowie den Ruhr Games im Juni und der Baseball-Europameisterschaft im September 2019 gezeigt, dass es Sportgroßveranstaltungen ausrichten kann. Dass darüber hinaus allwöchentlich hunderttausende Menschen in Nordrhein-Westfalen die Stadien der Fußballvereine füllen, zeigt auch welches Interesse am Sport vorhanden ist.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat entschieden, dass sich in Zukunft nicht mehr allein eine Stadt, sondern auch mehrere Städte, Regionen oder Länder bewerben können.

Der Landtag begrüßt das Konzept der Initiative „Rhein Ruhr City 2032“ mit Blick auf die Idee einer möglichen Bewerbung der Region Rhein-Ruhr nachdrücklich und unterstützt diese.

Der Landtag befürwortet den breiten Dialog, der bisher durch die Initiative „Rhein Ruhr City 2032“ stattgefunden hat. Dieser soll in Form geeigneter Bürgerbeteiligungsformate weitergeführt werden. Eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2032 muss von der Bevölkerung getragen werden.

Der Landtag würdigt die gemeinsame Haltung für die Initiative „Rhein Ruhr City 2032“ um Olympische und Paralympische Spiele 2032 in Form des Zusammenschlusses der 14 ausrichtenden Städte im Rhein-Ruhr-Raum als interkommunalen Zusammenschluss.

Datum des Originals: 05.11.2019/Ausgegeben: 05.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Der Landtag sieht eine erfolgreiche Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele in unserem Land als große Chance für Nordrhein-Westfalen. Etwa 200 Nationen nehmen an den Sportwettbewerben der Olympischen Spiele teil. 10.500 Athletinnen und Athleten konkurrieren in ca. 30 Sportarten. Nordrhein-Westfalen stellt in der Regel ein Viertel der deutschen Olympiamannschaft. Bei den über 20 paralympischen Sportarten treten rund 4.000 Sportlerinnen und Sportler aus über 120 Ländern an. Auch hier trägt unser Land entscheidend zum Erfolg der deutschen Mannschaft bei. Hiervon kann gerade der Breitensport als gesellschaftlicher Motor mit seinen rund 19.000 Vereinen, den unzähligen ehrenamtlich Tätigen und mit über fünf Millionen aktiv Sporttreibenden profitieren. Der Vereinssport bildet die Grundlage für qualitativ hervorragende Nachwuchsleistungssportlerinnen und Nachwuchsleistungssportler. Sie sind wichtige Botschafter für Teamgeist, Leistungsbereitschaft, Fairness, gelebte Inklusion und interkulturelle Verständigung. Insbesondere der Sitz des Internationalen Paralympischen Komitees (IPC) in Bonn unterstreicht die Bedeutung des Themas Inklusion in Nordrhein-Westfalen.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen – selbst wenn in ihren Grenzen keine Wettkampfstätte vorhanden ist – können von einer Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele nachhaltig profitieren, da durch dieses überregionale, gemeinschaftliche Projekt eine kraftvolle Beschleunigung von Investitionen in essentielle Zukunftsaufgaben Nordrhein-Westfalens – Infrastruktur, vernetzte Mobilität und Digitalisierung – möglich ist. Nicht zuletzt die Sportstätteninfrastruktur kann von einer solchen Bewerbung, nicht nur im Hochleistungssport, sondern auch im Breitensportbereich profitieren.

Olympische und Paralympische Spiele bieten die Chance, mit einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Ausgestaltung einen Mehrwert für die Bevölkerung in Form einer gesteigerten Lebensqualität mit sich zu bringen, die über den Rahmen der Spiele hinaus erlebbar werden kann.

Es gilt sich dabei an nachhaltigen Konzepten zu orientieren. Die Olympischen Spiele 1972 in München haben den Ausbau von S- und U-Bahnen vorangetrieben. Bis heute sind die nachhaltigen Investitionen sichtbar, insbesondere bei der Nachnutzung des olympischen Dorfes oder den Naherholungsmöglichkeiten durch den Olympiapark. Die Olympischen Spiele in London 2012 haben zur Aufwertung des Londoner Ostens beigetragen. Die Olympischen Spiele in Barcelona 1992 haben der Bevölkerung einen Stadtstrand gebracht. Bis dato war die Stadt vom Meer durch Industriegebiet und Schnellstraße abgeschottet.

Die Austragung von Olympischen und Paralympischen Spielen in der Metropolregion Rhein-Ruhr kann für das gesamte Bundesland Nordrhein-Westfalen als Katalysator für den Fortschritt wirken. Viele unserer aktuellen Herausforderungen im öffentlichen Nahverkehr oder bei Fragen zum Wohnbau könnten mit einem nachhaltigen Olympia-Konzept angegangen werden. Das olympische Dorf könnte im Nachgang der Spiele beispielsweise attraktive und moderne Wohnungen bieten, die die Wohnungsengpässe in Universitätsstädten abmildern könnten. Außerdem könnte der Ausbau von schnellen, schienengebundenen Verkehrswegen den ÖPNV revolutionieren und die Verbindungen zwischen Dortmund und Köln stärken.

Nordrhein-Westfalen besitzt als bevölkerungsreichstes Bundesland ohne Zweifel die Kraft für die Umsetzung und Durchführung von einer Veranstaltung wie den Olympischen und Paralympischen Spielen. Die Mehrzahl der benötigten Sportstätten und Veranstaltungsorte in der Region Rhein-Ruhr mit einer Platzkapazität für 641.000 Menschen (in den derzeitigen Sportstätten) sind vorhanden. Die IOC-Vorgaben über die Anzahl der Unterbringungsmöglichkeiten werden bereits überschritten. Das neu zu errichtende Leichtathletikstadion sowie das erforderliche olympische Dorf müssen nach den Olympischen

und Paralympischen Spielen für unser Land und für die Menschen von dauerhaftem Nutzen sein.

Das Konzept der Initiative „Rhein Ruhr City 2032“ stellt somit einen Gegenentwurf zu dem vielfach teuren Gigantismus bei Sportgroßveranstaltungen dar. Im Zusammenhang mit der Konkretisierung des Konzepts „Rhein Ruhr City 2032“ müssen die Kosten für notwendige Ertüchtigungsmaßnahmen sowie Neuerrichtungen von dauerhaften oder temporären Sportstätten transparent und nachvollziehbar dargelegt werden. Im Sinne der Nachhaltigkeit sollte in diesem Zuge auch ein Nachnutzungskonzept erstellt werden.

Eine erfolgreiche Bewerbung und die erfolgreiche Durchführung Olympischer und Paralympischer Spiele stehen im engen Zusammenhang mit der Unterstützung und Akzeptanz der Bevölkerung. Spiele in Nordrhein-Westfalen sollen Spiele von Menschen für Menschen sein. Gleichmaßen kann eine Bewerbung „Rhein Ruhr City 2032“ nur erfolgreich sein, wenn es als gesamtdeutsches Projekt verstanden wird. Neben dem DOSB, als sich bewerbender Verband, muss daher auch der Bund seine Unterstützung zusagen.

Mit der möglichen Austragung Olympischer und Paralympischer Spiele steht Nordrhein-Westfalen im medialen Focus. Sowohl für Sportlerinnen und Sportler als auch für Besucherinnen und Besucher kann sich das Land als guter Gastgeber des größten Sportereignisses der Welt, dem Fest des Friedens, der Freundschaft und der Völkerverständigung in seiner Vielfältigkeit und Einzigartigkeit in jeder Hinsicht präsentieren und sein Profil schärfen. Sportlerinnen und Sportler mit ihren Angehörigen sowie alle Sportfans aus aller Welt können sich selbst ein Bild von der landschaftlichen, kulturellen und sportlichen Vielfalt unseres Landes machen.

Der Landtag ist überzeugt: Eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele rückt Nordrhein-Westfalen als dem attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort im Herzen Europas ins Rampenlicht. Durch Olympia bietet sich die Möglichkeit, anstehende Herausforderungen mit einem innovativen und nachhaltigen Konzept anzugehen. Wir wollen daher alle gemeinsam an der faszinierenden Perspektive Olympischer und Paralympischer Spiele an Rhein und Ruhr arbeiten und gemeinsam die Spiele nach Nordrhein-Westfalen in die Städtereion Rhein-Ruhr holen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Gregor Golland
Jens Nettekoven
Bernhard Hoppe-
Biermeyer

und Fraktion

Thomas Kutschatj
Sarah Philipp
Eva-Maria Voigt-Küppers
Rainer Bischoff
Markus Weske

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Marc Lürbke
Andreas Terhaag

und Fraktion

Monika Düker
Arndt Klocke
Verena Schäffer
Josefine Paul
Norwich Rüße

und Fraktion